



# Spree<sup>rh</sup> einblick



## Sonderausgabe

Liebe Genossinnen und Genossen,

zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gelingt es nach Wahlen nicht, eine Regierung zu bilden. Trotz wochenlanger Gespräche konnten sich CDU/CSU, FDP und Grüne nicht einmal darauf einigen, Koalitionsverhandlungen wenigstens zu beginnen. Dies ist ein erbärmliches Scheitern aller, die verhandelt haben, vor allem aber der Verhandlungsführerin Angela Merkel. Wir, die Sozialdemokraten, dürfen uns jetzt auf keinen Fall den „Schwarzen Peter“ zuschieben lassen. Schuld tragen ausschließlich die, deren ungeschickte Verhandlungsführung und deren mangelnde Kompromissfähigkeit keine Einigung zustande kommen ließ.

Die Große Koalition hat bei der Bundestagswahl am 24.09.2017 mit einem Stimmenverlust von insgesamt 14% eine schmetternde Niederlage hinnehmen müssen. Daraus lässt sich eindeutig nicht der Auftrag ableiten, auch zukünftig die Regierung zu bilden. Die Wähler wollten das klar und deutlich nicht. Wer jetzt etwas anderes behauptet oder von „aber trotzdem“ redet, möchte lediglich von der eigenen Unfähigkeit ablenken. Gleichwohl erfordert die jetzige Situation neue Überlegungen zu einer Regierungsbildung. In der Fraktion haben wir am letzten Montag heftig über die richtige Vorgehensweise diskutiert, und sicherlich geschieht dies auch bei euch in vielen Ortsvereinen. Da gibt es auch zunächst keine einfache Lösung! Eins

muss jedoch ganz deutlich sein, dass wir uns nicht auseinanderdividieren lassen! Streit nach außen stärkt nur den politischen Gegner, der uns die Rolle des Verweigerers gerne zuschieben möchte. Das lassen wir mit uns nicht machen!

Gleichwohl sollten wir konstruktiv an einer Lösung mitarbeiten, die Neuwahlen möglichst erübrigen könnte. Was Neuwahlen für alle bedeuten würde, muss ich euch sicher nicht erklären. Es ist nicht unbedingt zu erwarten, dass die SPD ein deutlich besseres Wahlergebnis erzielen würde als beim letzten Wahlgang, und ein Erstarren des äußersten rechten Flügels ist keinesfalls auszuschließen. Ich persönlich vermute, dass Neuwahlen insgesamt keine gravierend anderen Ergebnisse erbringen würden, die Koalitionsfrage würde sich somit erneut stellen.

Das Grundgesetz zeigt für diese Situation Spielräume auf, die unser Bundespräsident jetzt mit den Vorsitzenden der Parteien erörtern wird. Mir war es wichtig, euch über den Sachstand zu informieren und auf dem Laufenden zu halten. Wenn es konkrete Pläne gibt, werde ich euch zum Austausch und zur weiteren Meinungsbildung zu einer zentralen Veranstaltung einladen.

Bis dahin,  
Euer Detlev

**Verantwortlich im Sinne des Presserechts**

**(V.i.S.d.P.)**

Detlev Pilger, MdB

Casinostr. 38

56068 Koblenz

0261/97379080

detlev.pilger.mdb@bundestag.de

**Bildquellen:** privat, Freepik, RZ

**Redaktion**

Detlev Pilger, Peter Staudt, Dennis Feldmann

**Verbreitung:** Wahlkreis 199

**Erscheinungstermin:** 22. November 2017